

Pressemitteilung



Bündnis Gesundheit 2000 im Freistaat Sachsen

Gesundheitsfonds bringt keinen Nutzen für Patienten

Dresden, 29. April 2008: Das Bündnis Gesundheit 2000 im Freistaat Sachsen lehnt die Einführung des Gesundheitsfonds zum 1. Januar 2009 ab. Der Gesundheitsfonds ist ein nicht tragfähiger Kompromiss der großen Koalition zwischen Bürgerversicherung und Gesundheitsprämie. Eine Verbesserung der medizinischen Versorgung oder eine Senkung der Krankenkassenbeiträge sind durch dieses gesundheitspolitische Experiment nicht zu erwarten. Dagegen tangiert dieser Gesetzentwurf massiv die Patientenrechte sowie auch die bestehenden Versorgungsstrukturen auf Seiten der Kostenträger und der Heilberufe.

Der Gesundheitsfonds ist ein Konzept, das eine zentralistische Finanzierung und Steuerung der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland vorsieht. Häufigkeit und Schwere verschiedener chronischer und kostenintensiver Erkrankungen sind in Deutschland jedoch nicht gleichmäßig verteilt. Krankheit und Gesundheit müssen weiter nach regionalen Besonderheiten gesteuert werden.

Die Einführung einer weiteren Staatsbehörde, verbunden mit dem zusätzlichen Aufbau einer Behördenstruktur, ist schon aus ökonomischer Sicht unsinnig. Wettbewerbsinstrumente um die beste Versorgung müssen dezentrale Aspekte aufweisen. Das Prinzip der föderalen Daseinsfürsorge sollte nicht verlassen werden.

Durch den Gesundheitsfonds werden effiziente Gesundheitsstrukturen, die Patientensouveränität sowie die wohnortnahe ambulante und klinische Versorgung gefährdet. Der freie Zugang aller Patienten zu ihren Ärzten, inhabergeführte Apotheken, die freiberufliche Verantwortung der einzelnen Haus- und Fachärzte, werden massiv beschnitten.

Nach Schätzungen von Gesundheitspolitikern wird der mit dem Fond vereinheitlichte Beitrag der gesetzlichen Krankenkassen auf 15 bis 15,2 % steigen, während er gegenwärtig bei durchschnittlich 14,8 % liegt.

Die im Fonds zu erwartenden Mehreinnahmen werden mit Sicherheit für die neue Bürokratie aufgebraucht. Ein Nutzen für den Patienten ist bis jetzt nicht ersichtlich. Eine Anhebung der ärztlichen Honorare wird nicht möglich sein. Dem bereits jetzt manifesten Ärztemangel in Sachsen wird auch vor diesem Hintergrund nicht wirksam zu begegnen sein.

Hintergrund: Bündnis Gesundheit 2000 im Freistaat Sachsen

Als Reaktion der verfassten Ärzteschaft auf überstürzte Gesetzesvorhaben der Bundesregierung zur Gesundheitsreform wurde am 14. Juli 1999 in Dresden ein Sächsisches Aktionsbündnis ärztlicher und nichtmedizinischer Berufe gegründet. Seit dem arbeiten kontinuierlich 36 Berufsverbände, Vereine, Körperschaften und Patientenvertreter in diesem Bündnis zusammen. Ziel des Bündnisses ist es, eine breite Öffentlichkeit von Patienten, Gesundheitsberufen und Politikern landesweit über Regierungspläne zur Gesundheitsreform zu informieren und zu sensibilisieren, wenn es sich um eine systemverändernde Strukturreform handelt, die das Versorgungs- und Betreuungsniveau in Deutschland gefährdet. Das Bündnis Gesundheit 2000 im Freistaat Sachsen will weiterhin einen konstruktiven Dialog führen, um mit Sachverstand, Konzepten und Alternativen notwendige Reformen im Gesundheitswesen voranzubringen.